

Erwartungen an die demokratischen Parteien in Rheinland-Pfalz in der Legislaturperiode 2026 bis 2031 In vereinfachter Sprache

In Wort und Tat: Demokratie verteidigen – Menschenrechte achten!

Unsere Gesellschaft wird stark angegriffen. Diese Angriffe kommen von Menschen, die die Demokratie und die Menschenrechte ablehnen.

Sie kommen von außerhalb der Parlamente aber auch aus den Parlamenten.

Darum müssen alle Demokratinnen und Demokraten aktiv handeln.

Sie müssen die Werte des Grundgesetzes schützen.

Das fordern wir von den demokratischen Parteien in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2026 bis 2031:

1. Menschenrechte und respektvolle Politik

Die Parteien und die Regierung sollen:

- deutlich sagen: Wir stehen zu Grundrechten, Menschenrechten und zur Vielfalt in Rheinland-Pfalz.
- in politischen Diskussionen keine rassistischen oder diskriminierenden Aussagen machen.
- keine Vorurteile gegenüber benachteiligten Gruppen verbreiten.
- in politischen Debatten nachprüfbare Fakten benutzen.
- die Arbeit von Menschen und Organisationen wertschätzen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen – egal ob sie bezahlt oder ehrenamtlich arbeiten.

-
- diese Menschen und Organisationen vor Angriffen schützen und sie gut unterstützen.

2. Bleiberecht und faire Verfahren

In der nächsten Legislaturperiode soll gelten:

- Menschen, die gut integriert sind, aber eigentlich ausreisen müssten, sollen eine Chance auf ein Bleiberecht bekommen.
- Beratung und Unterstützung für diese Menschen müssen dauerhaft gesichert und ausreichend finanziert sein.
- Das Land soll den Ausländerbehörden klar sagen: „Bleiberecht und fester Aufenthalt sollen Vorrang haben vor freiwilliger Ausreise und vor Abschiebung.“
- Bevor eine Abschiebung vorbereitet wird, sollen die betroffenen Personen eine unabhängige Beratung über eine mögliche freiwillige Ausreise erhalten.

3. Schutz von Kindern

- Das Wohl von Kindern soll immer an erster Stelle stehen.
- Minderjährige, die alleine hier sind, und Familien mit Kindern dürfen nicht abgeschoben werden, weil das dem Kindeswohl schadet.

-
- Eine Abschiebung soll bei Familien mindestens bis zur Volljährigkeit des jüngsten Kindes ausgesetzt werden.

4. Duldung, Bezahlkarte und Lebensunterhalt

In der nächsten Wahlperiode soll Folgendes passieren:

- Ausländerbehörden sollen Menschen, die ausreisen müssten, regelmäßig eine Duldung geben.
- Die Bezahlkarte für Geflüchtete in den Erstaufnahmeeinrichtungen soll abgeschafft werden.
- Kommunen, die keine Bezahlkarte nutzen möchten, sollen Unterstützung vom Land bekommen.
- Alle Geflüchteten sollen genug Geld und Leistungen erhalten, um ein menschenwürdiges Leben zu führen.
- Alle Menschen, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen, sollen eine elektronische Gesundheitskarte bekommen.

5. Aufnahme besonders schutzbedürftiger Menschen

- Rheinland-Pfalz soll besonders schutzbedürftigen Menschen sichere und legale Wege zur Einreise ermöglichen.

-
- Das Land soll im Bundesrat allen Gesetzesänderungen widersprechen, die den Schutz von Geflüchteten weiter verschlechtern.
 - Es soll keine eigene Einrichtung geben, die speziell für Verfahren zur „Sekundärmigration“ gebaut wird.

6. Integration als Pflichtaufgabe

- Integration von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte soll eine Pflichtaufgabe der Kommunen werden.
- Das Land soll die Kommunen dabei ausreichend finanziell unterstützen.

7. Neue Zentralstelle für Einbürgerung

- Wie es schon eine Stelle für Fragen zu Rückführungen gibt, soll es auch eine zentrale Stelle für Einbürgerung und Aufenthaltsrechte geben.
- Kommunen sollen Geld bekommen, um mehr Personal in Ausländerbehörden und Einbürgerungsbehörden einzustellen.

8. Unterstützung für Beratungsangebote und Therapie

- Die Migrationsfachdienste sollen dauerhaft und ausreichend finanziert werden.
- Die Angebote der Psychosozialen Zentren sollen erhalten bleiben und ausgebaut werden. Falls der Bund kürzt, soll das Land einspringen.

9. Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit

- Die Regierung soll klar sagen: Wir unterstützen die kommunalen Integrationsbeauftragten und die Integrationsbeiräte.
- Das Geld aus der „Kooperationsstrategie Kommunen und Land gemeinsam für Integration“ muss in den Kommunen wirklich für Integration eingesetzt werden.
- Neue Integrationsmaßnahmen sollen die Arbeit von Ehrenamtlichen und Vereinen vor Ort ergänzen – nicht verdrängen.
- Die Erfahrung der kommunalen Integrationsbeauftragten und Integrationsbeiräte soll ernst genommen und in Entscheidungen eingebunden werden.

10. Maßnahmen gegen Diskriminierung

In der nächsten Legislaturperiode soll:

- Der Begriff „Rasse“ aus der Landesverfassung gestrichen und durch eine moderne Formulierung ersetzt werden, die Schutz vor Rassismus klar beschreibt.
- Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft eine „Strategie 2030: Diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ entwickelt werden.

11. Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige

- Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die dauerhaft und rechtmäßig in Rheinland-Pfalz leben, sollen bei Kommunalwahlen wählen dürfen.
- Das Bundesverfassungsgericht soll diese Frage erneut prüfen, weil sich die Bevölkerungsstruktur seit den 1990er-Jahren stark verändert hat.